

Verfolgung von Ahmadis in Pakistan

Bericht

März 2024

HIGHLIGHTS

Religionsbasierte Unterdrückung

- **Drei Ahmadiyya-Moscheen von der Polizei geschändet, eine weitere Ahmadiyya-Moschee angegriffen**
- **Ein Ahmadi überlebte Mordversuch im Februar**
- **88 Grabstein von der Polizei und unbekanntem Angreifern zerstört**
- **Beerdigung eines verstorbenen Ahmadis von der TLP verweigert**
- **Ein Ahmadi gemäß dem anti-Ahmadi-Gesetz PPC-298-C, das eine dreijährige Haftstrafe nach sich zieht, angeklagt**
- **Die Ahmadiyya Muslim Gemeinschaft in Pakistan wurde gezwungen, die pakistanischen Generalwahlen zu boykottieren**
- **Sechs Ahmadi-Lehrer wurden aufgrund ihres Glaubens versetzt**



Ahmadiyya Muslim Jamaat
Deutschland KdöR

WUSSTEN SIE?

Seit der Verkündung der Verordnung XX im Jahr 1984

277

Ahmadis wurden
wegen ihres
Glaubens
ermordet

478

Mordversuche
an Ahmadis

4280

Anklagen gegen
Ahmadis in
religiösen Fällen

202

Moscheen
geschädigt und
zerstört

Vorfälle im Jahr 2023:

1

Ahadis ermordet
wegen ihres
Glaubens

39

Geschädigte
Moscheen

133

Anklagen gegen
Ahmadis in
religiösen Fällen

100

Gräber
geschädigt

AHMADIS DROHEN NACH BUNDESGESETZEN DREI JAHRE HAFT FÜR:

Sich selbst als Muslim
zu bezeichnen

ihren Gebetsort als
"Moschee" zu bezeichnen

den Gebetsruf (Azan)
zu verrichten

ihren Glauben zu predigen
oder zu propagieren

AHMADIS MÜSSEN SICH ALS **NICHT-MUSLIME**
ERKLÄREN, UM IHR **WAHLRECHT** AUSÜBEN ZU KÖNNEN

ZUSAMMENFASSUNG

Glaubensbasierte Gewalt in Punjab: Ahmadi Opfer eines tödlichen Angriffs

- In Hasilpur, Distrikt Bahawalpur, wurde am 4. März 2024 Herr Tahir Iqbal Cheema, der 54-jährige örtliche Ahmadiyya-Präsident, wegen seines Glaubens erschossen.
- Herr Cheema wurde von zwei motorradfahrenden Angreifern außerhalb seines Dorfes überfallen und tödlich verletzt.
- Nach Protesten, die von Mullahs angeführt wurden, musste die Polizei den Fall an die Abteilung für Terrorismusbekämpfung (CTD) übergeben, was auf tiefe liegende Probleme mit Recht und Ordnung in der Region hinweist.
- Die Familie von Herrn Cheema, bestehend aus seiner Frau und drei erwachsenen Kindern, trauert um den Verlust eines geliebten Familienmitglieds und Gemeinschaftsführers.
- Die Polizei deutete zunächst an, dass das Mordmotiv möglicherweise nicht religiös, sondern ehrenbezogen sei, doch diese Aussage wurde später in Frage gestellt und es wurden Verbindungen zum extremistischen Netzwerk Lashkar-e-Jhangvi erwähnt.
- Medienberichte heben die Verbindung der festgenommenen Verdächtigen zu einem lokalen muslimischen Friedhof und ihre Ausbildung in einer Schule des Lashkar-e-Jhangvi hervor, was auf ein tief verwurzeltetes Netzwerk von Extremismus hinweist

Besorgnis über religiöse Diskriminierung: Kommissar Kotli, AJK, schränkt die Rechte von Ahmadi-Bürgern ein

- Am 11. März 2024 führte der Assistent Commissioner (AC) von Kotli, Azad Jammu und Kashmir (AJK), ein Treffen mit Vertretern der Ahmadi-Gemeinschaft sowie ihren Gegnern durch.
- Die Besprechung umfasste getrennte Sitzungen mit beiden Parteien, wobei der SHO-City und der Verantwortliche des Polizeipostens Goi ebenfalls teilnahmen.
- Der AC verkündete mehrere Beschränkungen für die Ahmadi-Gemeinschaft: unter anderem dürfen ihre Gebetsstätten nicht

wie Moscheen aussehen, sie dürfen nicht als Muslime gelten, und es sind Einschränkungen im Bildungsbereich und beim Bau von Brunnen vorgesehen.

- Zudem wurde festgelegt, dass Ahmadis bestimmte religiöse Symbole nicht verwenden dürfen und ihre Grabsteine zu verdecken sind.
- Die Entscheidungen umfassen auch Einschränkungen in Bezug auf finanzielle Unterstützung, die Ahmadis an Nicht-Gemeindemitglieder leisten dürfen.
- Die Verordnung enthält auch Punkte zur Vermeidung von Hassreden und zur Behandlung von Beschwerden beider Seiten durch die Verwaltung.
- Inser Kommentar zum Bericht kritisiert die Anordnung des AC als Verstoß gegen die pakistanische Verfassung und internationale Verträge, denen Pakistan beigetreten ist, insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechte.

Religiöse Diskriminierung: Ahmadi-Student gezwungen, sein Fasten zu brechen

- Am 26. März 2024 wurde Hazeem Ahmad, ein Ahmadi-Student der Quaid-e-Azam Public School in Kasraan, Distrikt Attock, von einem Klassenkameraden gezwungen, sein Ramadan-Fasten zu brechen.
- Der Klassenkamerad bezeichnete Hazeem als "Kafir" (Ungläubiger) und nutzte dies als Grund, ihn zum Fastenbrechen zu zwingen.
- Hazeems Mutter reichte daraufhin eine Beschwerde beim Schulleiter ein, forderte Gerechtigkeit und machte auf die Misshandlung ihres Sohnes aufmerksam.
- Anstatt die Religionsfreiheit zu wahren und Mitgefühl zu zeigen, reagierte der Schulleiter verärgert und verschärfte die Situation weiter.
- Der Schulleiter drohte damit, alle Ahmadi-Studenten von der Schule zu nehmen und forderte, dass Hazeem sofort nach Hause gebracht werde.
- Trotz der Bedrohung besuchen Ahmadi-Kinder weiterhin die Schule, und Bemühungen, das Problem zu lösen, sind im Gange.

Gräber geschändet: Zehn Grabsteine in Kotli, AJK, abgerissen

- In der Nacht zwischen dem 7. und 8. März 2024 wurden in Barmoch Goi, Distrikt Kotli, AJK, acht Ahmadiyya-Gräber von unbekanntem Randalierern verwüstet, und die Grabsteine wurden entfernt.
- Die Ahmadien wurden über dieses Verbrechen informiert, als am nächsten Morgen jemand den Friedhof besuchte, und sie meldeten den Vorfall sofort den Behörden.
- Die Polizei besuchte den Ort, nahm die Aussagen der Ahmadien auf und leitete eine Untersuchung gegen unbekannte Täter ein.
- Am 12. März kam es zu einem weiteren Vorfall, bei dem unbekannte Täter Grabsteine auf zwei Ahmadiyya-Gräbern in Patriara, Barmoch Goi, zerstörten und die Trümmer mitnahmen.
- Eines der geschändeten Gräber gehörte Herrn Muhammad Din, das andere Naik Ghulam Shafi, einem Soldaten, der vor fast 33 Jahren im Siachen-Frontkampf starb.
- Kotli ist ein Hotspot für anti-ahmaditische Aktivitäten geworden, was zum Teil auf das offensichtliche Fehlen von Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen ist.

Bildungskrise in AJK: Eine Analyse der aktuellen Situation

- Distriktschulbeamter in Kotli, AJK, erließ Rundschreiben an Schulen.
- Es besagt, dass gemäß Gesetz von 1974 Ahmadien als Nicht-Muslime gelten.
- Ahmadi-Lehrer sollten nicht für Arabischunterricht beauftragt werden.
- Schulen aufgefordert, Liste der nicht-muslimischen Lehrkräfte vorzulegen.
- Rundschreiben verletzt verfassungsmäßige Schutzrechte für Minderheiten.
- Es wird empfohlen, Politik an Prinzipien wie Religionsfreiheit, Gleichheit, religiöser Pluralismus zu orientieren.
- Betonung auf internationale Menschenrechtsstandards und Bekämpfung von religiösem Extremismus und Terrorismus.

Neueste Entwicklungen im Fall von Herrn Mubarak Sani: Eine Aktualisierung des Bail-Antrags

- Ein Zweier-Gremium des Obersten Gerichtshofs, bestehend aus CJ Qazi Faez Isa und Richter Musarrat Hilali, hatte Herrn Mubarak Ahmad Sani, den Leiter einer Ahmadiyya-Madrassa, am 6. Februar 2024 gegen Kaution freigelassen, nachdem er bereits doppelt so viel Zeit im Gefängnis verbracht hatte wie die vorgeschriebene Strafe für das angebliche Verbrechen.
- Die Entscheidung löste Wut in religiösen Kreisen gegen den Chief Justice des Obersten Gerichtshofs und die Ahmadis aus, was zur Einreichung von Überprüfungspetitionen durch die Regierung von Punjab, Jamaat e Islami und zahlreiche andere religiöse Organisationen führte.
- Ein Dreiergremium des Obersten Gerichtshofs unter der Aufsicht des Chief Justice befasst sich nun mit den Überprüfungspetitionen.
- Am 28. März 2024 forderte der Oberste Gerichtshof die Gelehrten auf, ihre Meinungen innerhalb von zwei Wochen schriftlich in Bezug auf den Fall der Kaution für einen Qadiani-Bürger einzureichen.
- Chief Justice Qazi Faez Isa betonte die Bedeutung einer vorsichtigen und überlegten Behandlung religiöser Angelegenheiten und erklärte, dass das Gericht keine rechtliche Beratung von den Gelehrten, sondern Rat von Gelehrten mit Bezug auf die Scharia suchen würde.
- Das Gericht bat die Gelehrten, sich auf die in der Entscheidung des Gerichts aufgeworfenen Punkte zu beschränken, und erklärte, dass Meinungen, die nach Ablauf der festgelegten Frist eingehen, nicht berücksichtigt werden.

Hassbanner vor Faisalabad-Krankenhaus aufgehängt

- Am 16. März 2024 wurden vor dem Allied Hospital in Faisalabad mehrere Banner mit abfälliger Sprache gegen Ahmadis aufgestellt, die die öffentliche Stimmung gegen sie anheizten.
- Diese Banner standen im Zusammenhang mit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, einem Ahmadi Kaution zu gewähren, was bei religiösen Hardlinern Empörung auslöste.

- Die Banner trugen den Namen der Pakistan Medical Association (PMA) und enthielten Botschaften wie "Qadianismus ist ein Krebs" und "Das Urteil des CJP zugunsten von Qadianiat verstößt gegen die Verfassung Pakistans".
- Diese Aktion spiegelt einen besorgniserregenden Trend der Intoleranz und Diskriminierung gegen Ahmadis in Pakistan wider.
- Die Pakistan Medical Association wurde dafür kritisiert, solche Displays zuzulassen, und es wurde betont, dass Maßnahmen gegen Hassreden und Gewalt erforderlich sind.
- Nach Intervention der Behörden wurden die Banner in der Nacht vom 16. März entfernt, jedoch verdeutlicht dieser Vorfall den anhaltenden Trend der Diskriminierung und Entmündigung, dem Ahmadis ausgesetzt sind.